

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Braunerstr. 10, auch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf., Postgebühren M. 2.00.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werththätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“.

Abbestellungsgebühr: Beträge für die etwaige Preiserhöhung oder deren Rückgang 10 Pfennige, für Rückzahlungen 10 Pfennige. Spätere für die nächste Nummer nach dem 1. März 1896 bis zum 1. März 1897 in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 44.

Freitag, den 21. Februar 1896.

7. Jahrgang.

Zur Kritik des neuesten Flottenkoffers.

I.
Zur angeblich erhofften Tilgung der Zweimilliarden-Schuld des deutschen Reiches haben wir kein Geld. Den niederen Beamten kann aus demselben Grunde ihre klägliche Befoldung absolut nicht erheblich verbessert werden. Tarif-Reformen bei der Post, der Telegraphie und dem Eisenbahnen brennen auf die Nägel, aber sie werden nicht ausgeführt. Betreffs der Soldaten wird die Einführung der Abendkost als lebhaft wünschenswerth erklärt, aber sie kann aus Mangel an Mitteln nicht bewilligt werden.

Auch für das dringende Erforderniß einer preussischen Medicinalreform hat der Ehrenagravir Militärarzt Dr. Quil sein Geld. Den preussischen Landlehrern glaubt der Staat nur vom Jahre 900 M. Gehalt und 286 M. Alterszulagen bewilligen zu können, wenn die Schuldotation der größeren Orte aus der Staatskasse um 3 Millionen Mark gekürzt wird. Es ist wirklich eine derartige Wirthschaft in allen Ecken und Winklern des Reichs und des führenden Großstaates, daß es einen Hund erbarmen könnte.

Aber für Kriegszwecke sollen wir Geld herbeibringen, als wäre es Heu. Was haben wir nicht allein für Schiffbauern ins Meer geworfen! In den 8 Jahren, seit Wilhelm II. das deutsche Reich regiert, sind an einmaligen Ausgaben für die Marine 233 Millionen Mark aufgewendet worden.

Die fortwährenden Ausgaben haben sich währenddessen um 18 Millionen oder 60 Procent vermehrt. Die Besatzungsstärke unserer Flotte ist in sieben Jahren bis zum 1. April 1895 um mehr als ein Drittel vergrößert worden; der Tonnengehalt ist um 40 Procent, die Zahl der Pferdekraft um beinahe 70 Procent gewachsen.

Die jetzt vorhandenen 94 deutschen Kriegsschiffe sind also durchschnittlich erheblich größer und stärker als die 77 Kriegsschiffe im Jahr 1888; daneben ist die Torpedoflotte, über welches das deutsche Reich außerdem noch verfügt, seit 1888 verdoppelt worden und zählt heute über 120 Fahrzeuge.

Der Zuwachs zur deutschen Kriegesflotte bestand seit 1889 aus 2 Aviso's, 3 Kreuzern 4. Klasse, 1 geschützten Kreuzer, 7 Panzerfahrzeugen und 4 großen Panzerschiffen. Für 2 geschützte Kreuzer sind außerdem erste Raten bereits bewilligt. Für den Kreuzer „Greya“, der 2 Millionen gekostet hat, wird jetzt ein geschützter Kreuzer mit einem Kohlenaufwande von 7 1/2 Millionen gebaut. Das Panzerschiff „Preußen“, das 7 Millionen kostete, wird durch ein Panzerschiff, welches doppelt so viel beansprucht, ersetzt; mit der Kreuzerfregatte „Leipzig“, bei der der Kottenaufwand 4 Millionen betrug, wird es ebenso gemacht; der geschützte Kreuzer 2. Klasse, der sie ersetzen wird, soll genau das Vierfache kosten, nämlich 16 Millionen.

Die Bewilligungen, welche die Reichstagsberatungen der beiden Vorjahre abschlossen, haben Schiffneubauten ermöglicht im Betrage von 60 Millionen Mark. Auch ein neues großes Panzerschiff, welches allein 20 Millionen Mark kosten soll, wird unsere Marine verstärken.

Neben all diesen Millionenausgaben sollen in den nächsten 9 Jahren über 200 Millionen Mark für Kasernenbauten aufgewendet werden, dazu Duzende von Millionen für Lazarethe, Magazine, Festungsverfestigungen und Übungsplätze. Auch von der Nothwendigkeit einer Umwandlung unserer Feldartillerie, die unter 200 Millionen Mark nicht zu erschwingen wäre, ist vielfach die Rede.

Dazu nun „uferlose“ Marine-Neuforderungen! Freilich hieß es vor wenigen Tagen, die Erklärung, die der Staatssecretär in der Budget-Commission und im Reichstage über die Marinepläne abgegeben, habe sehr beruhigend gelautet.

Ja, wenn das nur wahr wäre. Wenn Marschall's Erklärungen nicht vielmehr die Duvertüre des großen Flottenconcerts der nächsten Jahre darstellten. Borerst steht allerdings fest, daß in gegenwärtiger Reichstagsession keine neue Marinevorlage mehr das Licht der Welt erblicken wird, aber alle Absichten weiterer Flottenvermehrung hat Herr von Marschall durchaus nicht in Abrede gestellt.

Im Gegentheil ging aus seinen Worten hervor, daß die Frage der Marineerweiterung „seit geraumer Zeit den Gegenstand der Erwägungen der betheiligten Reichsorgane“ bildet, und daß das Bedürfniß, neue Kriegsschiffe, insbesondere Kreuzer zu bauen, sich seit vorigem Jahre vom Standpunkte des auswärtigen Dienstes aus erheblich vermehrt habe. Von einer zukünftigen Weltpolitik der Regierung war nicht weiter die Rede. Der Staatssecretär erklärte vielmehr, die Regierung bleibe bei der Politik, welche die Sicherung unserer Colonien, die Erhaltung und Befestigung der Autorität der Behörden, den Schutz der Deutschen im Auslande und unserer überseeischen Interessen, namentlich des Handels und der Schifffahrt, im Auge habe.

Aber gerade aus dieser Politik heraus hat sich ja das Bedürfniß nach Vermehrung der Flotte — wie unsere Regierungskritiker so schön zu sagen wissen — „organisch“ entwickelt. Und ebenso „organisch“ werden sich daraus auch die Milliardenforderungen — hübsch allmählich — etwa hundertmillionenweise für immer neue Flottenbauten weiter entwickeln.

Dann aber, wenn der Reichstag desigle Millionen bewilligt haben sollte und wenn sie dem deutschen Volke auch wirklich herausgepreßt sein sollten, dann würde nach Vergleich der Ergebnisse dieser riesigen Flottenvermehrungs-Anstrengungen mit dem, was Englands Flotte zu leisten vermag, die Erkenntniß nicht mehr zu unterdrücken sein, daß das Deutsche Reich trotz alledem und alledem eine Seemacht ersten Ranges nicht zu werden im Stande ist.

Freilich müßte heutzutage eine Großmacht, die bedeutende Colonialgebiete in entferntesten Welttheilen besitzt und am Welthandel — wie Deutschland — an zweiter Stelle, im Range nicht hinter England, theilnimmt, auch über eine Seemacht verfügen, welche der Englands oder wenigstens der brütten europäischen Welt handelsmacht, Frankreich, an Stärke gleichkommt. Ist das nicht der Fall, so bleibt Deutschland trotz all seiner Landmacht, und wäre dieselbe zehn Mal größer, auf allen Meeren und in allen Erdtheilen, außer dem miniaen

Europa, ein Spielball in den Händen Englands und seiner, in ihrer Selbst- und Gewinnjucht unerfülllichen „obersten Behntausend“.

Die Seemacht des Deutschen Reiches ist nun aber — aller verzeihlichsten Anstrengungen ungeachtet — in Vergleich mit der Englands ganz außerordentlich gering, so gering, daß sie als ernste Seemacht in der That gar nicht in Betracht kommt. Sollte Deutschland sich mit England in einen Seekrieg setzen müssen — ein anderer Krieg ist mit dem Inselreich überhaupt nicht möglich — so könnte es sich höchstens unsterblich lächerlich machen.

Unser nächster Artikel wird durch eine Nebeneinanderstellung genauerer Nachweise bezüglich der Flottenstärke beider Reiche den Beweis für diese unsere heutige Schlußbehauptung erbringen.

Politische Rundschau.

Berlin, den 20. Februar.

Aus dem Reichstage. Das Haus erlebte heute bei der Fortsetzung der Beratung des Militäretats ein keines parlamentarischen Ereigniß. Die Budgetcommission hatte die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung des Niederbundes an Verpflegungsmitteln für die Landwirtschaft gestrichen. Heute beantragte der Abgeordnete Lieber ziemlich unerwartet die Wiedereinstellung dieses Postens in den Etat. Bei der Abstimmung trennte sich der demokratische Theil seiner Fraktion von ihm und stimmte mit den Socialdemokraten und Freireligiösen gegen den Lieber'schen Antrag. Das Ergebnis der Abstimmung erschien dem Bureau zweifelhaft und es mußte zum sogenannten Hantelgespräch geschritten werden. Dabei stellte sich heraus, daß das Haus beschlußunfähig war. Es blieb nichts weiter übrig, als die Sitzung zu schließen, und eine neue Sitzung um eine Viertelstunde später anzuberaumen, worüber sich Niemand so herzlich freute, als die amtlichen Stenographen, die bekanntlich für jede Sitzung honorirt werden, heute also den doppelten Tagelohn (30 Mark) verdienten. Da auch in der zweiten Sitzung das Haus nicht besser besetzt war, als in der ersten, mußte die Abstimmung über den Lieber'schen Antrag verschoben werden. So verlief das kleine parlamentarische Ereigniß, das übrigens beinahe das einzig Erwähnenswerthe aus der Verhandlung ist. Die kurzen Debatten drehten sich in der Hauptsache um den Neubau von Kasernen. Singer und Richter versuchten vergebens den Neubau einer Berliner Kaserne am Kupfergraben zu verhindern. Die Mehrheit hielt es für notwendig, auf dem theuren Terrain, dessen Verkauf dem Staate über sechs Millionen eingetragen hätte, eine neue Kaserne erbauen zu lassen, nur weil die alte daselbst und in nächster Nähe des Schlosses liegt. Die Kosten tragen die Steuerzahler. Der Militäretat wurde schließlich bis auf einige Resolutionen der Budgetcommission, über die noch verhandelt werden muß, erledigt. Ob am Sonnabend bereits die angekündigte Pause von einer Woche eintritt, ist zweifelhaft geworden. Der „Circus Busch“ macht sich bemerkbar: Die Agrarier drängen mit aller Gewalt darauf, daß die Zuckersteuervorlage noch vorher erledigt wird, und wenn auch heute der Besuch, sie schon zu morgen auf die Tagesordnung zu legen, ab-

Die „Gesellschaft“ von Ugingen.

Eine Geschichte aus der Kleinstadt von Nicolaus Krauß. Nachdruck verboten.

„Ist das nicht herrlich?!“ jubelte Kimmerling. „Dieser Ausdruck, dieser Humor, welche Anschaulichkeit und Wahrheit! Meine Herren! Es giebt nur eine Poesie, die Volkspoesie. Alles Uebrige ist gemachtes Zeug, Schund, Fraß für das hungerige Publikum der Leihbibliotheken. Sehen Sie, meinen Sie nicht auch, daß diese vier Zeilen mehr werth sind als ein ganzer Band Puschkeibentheil? Meine Herren! Unsere ganze Cultur ist ein Verwesungsproceß, unsere Gesellschaft ein mixtum compositum ohne Kraft und Saft, ein Zwittermirdig. Nein! Nicht einmal ein Zwitter, gar nichts ist unsere Gesellschaft. Aber das Volk ist gut, unkräftig wie die deutschen Wälder; und in ihm wurzelt alle Kraft.“

Kimmerling riß den Hut vom Kopfe und fuhr sich durch die spärlichen Haare. Er glück in seinem Eifer einem Trutbahn, welcher ein rothes Tuch erblühte.

An einer Kreuzungsstelle schlug Chrysanther einen neuen Weg ein.

„Sie gehen nach Sebastiansruh?“ fragte Kimmerling enttäuscht. „Dann muß ich mit Bedauern auf eine weitere Unterhaltung verzichten. Mein Art hat mir jeden Biergenuß auf das Strengste untersagt.“ Er wandte sich und schlug den Weg nach der Stadt ein.

„Wer war der Herr?“ lachte Loifer.

„Das ist der Mann mit den sechsunddreißig Krankheiten. Er bildet sich ein, an jedem Gliede krank zu sein. In seiner Wohnung sieht man nichts als Arzneiflaschen und Willensschätzeln.“

Die Freunde waren auf eine Waldblöße heraufgekommen. In dem Asschnitte erschien, von den Fichten wie von einem Rahmen umspannt, das Bild der Stadt Ugingen. Eine

schwarzgraue Rauchwolke lag über den plumpen, schwarzen Thürmen der alten U-fassungsmauer und den hohen, rothen Dächern der Häuser. Und aus dem Gewoge hervor bligten die Thurmtürme der Kirche.

„Wie poetisch!“ hauchte Michael Chrysanther. „Ein Märchenbild aus Tau'end und eine Nacht. O, Vaterhadi!“

„O Krähwinkel!“ echote Loifer in dem schmelzenden Tone seines Aereubee.

„Daß Du einem doch immer die Stimmung verderben mußt, abseulicher Materialist Du. Was denkst Du denn eigentlich?“

Der Materialist zog erst bedächtig sein Schnupstuch aus der Tasche und strich sich den Schweiß von der Stirne. Dann sprach er:

„Erstens, daß die Vorfahren nicht grade an der Krankheit der Geseheidtheit litten. Nein, sich so zusammenzusperschen! Die Häu er hochen ja auseinander wie Schafe bei einem Gewitter. Zweitens — und das ist die Hauptsache — daß ich unbändigen Durst verspüre. Das Haus hinter uns ist — in ja, wie mir scheint, ein Gasthaus. Also löse Deine Augen von Deiner Vaterstadt, und marsch auf die Bierquelle los. Der Uebel Kleinste in eurem Nest ist noch das Bier — es läßt sich wenigstens vertilgen.“

Loifer sagte den jügernden Michael unter den Arm und schritt mit ihm nach dem Hause.

„Welchen Namen trägt das Gehöft?“ fragte er.

„Sebastiansruh. Aber ich sage Dir ... mehr wie zwei Glas ...“

„Ein poetischer Name würde ein gewisser philosophischer Idealist oder idea.istischer Philosoph — nimm Dir den Titel, welcher Dir behagt — sagen. Zu was dienen die Bänke und Gütten am Waldesrande?“

„In Sebastiansruh wird alljährlich die Vogelweize abgehalten.“

„Ah! da mußt Du mich hinführen.“

„Hat Zeit bis im Juli.“

Mittlerweile waren die Freunde vor dem Gasthause angekommen. Vor dem Gebäude standen einige Tische, und daran saßen die Gäste und tranken und rauchten. Einer von ihnen erhob sich, grüßte und lud die Angewandten zum Niederlegen ein. Loifer erkannte in dem höflichen Herrn den Redacteur der „Uginger Zeitung“. An demselben Tische saßen noch zwei Personen. Ein langer, hagerer Mann mit einem grauen Knebelbart und einem Kopf wie ein Zuckerkohle — und ein kleines, bartloses Männchen, das fast so dick als lang und mit einem Halse, der so dick war wie sein dicker Kopf. Er sah aus wie eine misrathene „Blunzen“.

Der Kleine nahm das Wort: „O, der arme Laffer.“

„Der arme Laffer? Warum arm? Herr Laffer ist doch sehr reich.“ sagte sein Nachbar mit dem Zuckerkohle im getragenen Torte, als stände er auf den Beutern, welche die Welt bedeuten und deklamirte Schillers „Glode“, „Sein oder Nichtsein“ oder irgend eine Stelle aus den glorreichen „Die Räuber von Maria Ruhn.“

„Der arme Laffer, nimmt in seinen alten Tagen noch ein junges Weib,“ antwortete der Dicke mit der Miene eines Leichenbitters.

„Ein junges Weib, mein Herr, ist eine Gabe Gottes,“ antwortete der Lange mit anschwelender Stimme.

„Und wenn sie ihm davonläuft, wie seine erste Frau!“

Ist dann das auch eine Gabe Gottes?“

Dem Lergen raubte diese Blasphemie die Stimme; er suchte mit der Hand in der Luft, wurde ganz blau im Gesichte, konnte aber nichts hervorbringen.

Chrysanther neigte sich zu Loifer und flüsterte: „Der Lange ist Florian Birnbacher und der Dicke: Herr Wenzel Saff.“

„Ich hätte sie für Don Quigote und Sancho Panza gehalten,“ erwiderte Loifer lachend.

Endlich hatte Birnbacher seine Stimme wieder gefunden

geschlagen worden ist, so erscheint es doch zweifelhaft, ob die...
Junker schließlich doch noch im Bunde mit den Nationalliberalen...

- Zur Kritik des neuen Zuckersteuer-
gesetzentwurfs schreibt die „Frankf. Ztg.“:

Der Rohzucker erreichte heute den seit mehr als zwei
Jahren nicht mehr dagewesenen Preis von 16 fl. Dies bedeutet
die „Frankf. Ztg.“ aus Prag vom 17. Februar. Ganz ebenso
ist die Lage des Zuckermarktes in den deutschen Handels- und
Seepfählen. Die zuckerguter-Produzenten haben lange keine so
glänzenden Geschäfte gemacht, als jetzt. Und diesen Augenblick
halten die verbündeten Regierungen für geeignet, um dem
deutschen Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch
welchen den mitteleuropäischen Zuckerfabrikanten eine Liebesgabe
von 40 Millionen zugewendet und den Zuckerconsumenten eine
neue indirecte Steuer von nahezu 60-70 Millionen auferlegt
werden soll. Denn so viel macht die Vertheuerung des Zuckers
für die Verbraucher auch der neuen Gesetzgebung des Zuckers
für die Verbrauchergabe soll um 6 Mark erhöht werden, das ergibt
auf 3 1/2 Millionen D.-G. 39 Millionen Mark. Um weitere
2 1/2 Mark wird sich der Inlandpreis steigern, weil die Ausfuhr-
prämie von 1 1/2 auf 4 Mark erhöht werden soll. Natürlich ver-
kauft der Producent lieber ins Ausland, so lange ihm das In-
land nicht einen der Ausfuhrprämie nahezu gleichkommenden
Preiszuschlag bezahlt. Das macht auf 6 1/2 Millionen D.-G.
wiederum 18 Millionen, also zusammen 57 Millionen Mark.
Rechnet man dazu den Zuschlag, den der Zwischenhändler auf
den Detailpreis machen muß, weil er ein verächtlich höheres
Capital in die Waare zu stecken hat, so wird man unsere An-
nahme, daß es sich für die deutschen Steuerzahler um eine neue
indirecte Abgabe von 60 bis 70 Millionen handeln würde, nicht
für übertrieben finden. Damit sind aber nicht alle Opfer an-
gegeben, welche der jamaice Gesetzentwurf dem deutschen Volke
auferlegen würde. Bisher war nur von der Vertheuerung des
Zuckers für den Haushalt die Rede, die pro kilo 10 bis 12 fl.
betragen würde. Dazu kommt aber der große Schaden, welchen
alle Zucker verarbeitenden Industrien, die Schokolade, Conditorei-
waren, Conserve-Fabrikation und viele andere ähnliche In-
dustriezweige durch die Erhöhung der Verbrauchssteuer erleiden
würden. Diese bedeutenden Zuckerconsumenten zahlen jetzt schon
für den D.-G. 19 1/2 Mark mehr als ihre englischen Concurrenten,
welche den Zucker ganz steuerfrei erhalten. Nach Annahme des
neuen Gesetzentwurfs würden sie weitere 2 1/2 Mark Zuschlag zu
zahlen haben. Der D.-G. Zucker, welcher unterneuert heute
24 Mark kostet, stellt sich für die Industrie auf 47 1/2 Mark
und würde sich unter dem neuen Geetze auf 52 Mark stellen.
In Großbritannien kauft Consum und Industrie dieselbe Menge
Zucker für 24 Mark weniger; das heißt Ausfuhrprämie, also für
20 Mark, wozu nur noch die mögliche Fracht kommt. Dem
Wunder, daß England während seiner Zucker auf den Kopf der
Vertheuerung braucht, als Deutschland, daß die englischen Zucker-
verarbeitenden Industrien im internationalen Wettbewerbs alle
anderen Nationen schlagen und mindestens für 40 bis 50 Mill.
Mark ihrer Erzeugnisse ausführen. Durch das neue Zuckerge-
setz würde hierdurch die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie
noch erheblich vermindert. Wir können absolut nicht begreifen,
daß ein so guter Rechner, wie der Finanzminister Meißner unter
solchen Verhältnissen seine Zustimmung zu dieser Zuckersteuer-
Novelle geben konnte, die einem Theil der Zuckerproduzenten
viele Millionen Schaden in den Schooß wirft, deren sie in
keiner Weise bedürfen, während sie einen andern Theil der
Zuckerconsumenten auf's Schmerzlichste schädigt und für die ganze
Entwicklung der Zuckerindustrie ein schmerzliches Hinderniß bildet.
Wir können eben so wenig verstehen, wie es die Regierungen
der anderen Nationen können, unter solchen Umständen eine neue Ver-
brauchssteuer aus der Hand zu geben, welche wiederum eine
Reihe für vorübergehende Zeiten der Zwangsnahrung oder des
Hungers bilden könnte. Alles das berichten wir nicht. Wohl
aber erscheint es uns zweifelhaft, daß der Reichstag einen einen
größeren Fehler machen könnte, als denjenigen, den verbündeten
Regierungen auf dem nur der Zuckersteuerreform betreuenden Wege
zu folgen.

sonst was... (Lebhafter Beifall) Herr Herr kennt
unser Verhältnis nicht, auch nicht durch seine Dienstreisen.
Wenn er nicht zurücknehme, was er gesagt, solle man mit ihm
kein Federlesen machen. Der Vorstand solle ihm
Gelegenheit geben, daß er sich bequeme, zu
sagen: Ich habe mich geirrt und nehme das gern
zurück. Er habe an die „Lageszeitung“ geschrieben, so
lange der Minister seine Worte nicht
zurücknehme, dürfe kein Landwirth in sein
Haus gehen. Keiner soll hingehen; er muß uns
kommen, nicht wir ihm.

Das ist heiß und deutlich genug gesprochen; uns ist
daran nur interessant, wieder einmal festzustellen, wie diese
„Staatsbehaltenden“ über die höchsten Beamten sprechen,
wenn dieselben ihnen nicht zu Willen sind.

- Der dolus eventualis des Druders,
neueste Errungenschaft deutscher Rechtsprechung, die sich in
dem von uns bereits ausführlich erwähnten Fall Bading
so schön gezeigt hat, findet auch in der bürgerlichen Presse
scharfe Kritik. Die „Frankf. Ztg.“ schreibt darüber: „Im
vorigen Monat wurde der Druder Bading vom Landgericht I
unter Anwendung des dolus eventualis wegen des Inhalts
einer bei ihm gedruckten Schrift verurtheilt, die er überhaupt
nicht gelesen hatte. Das merkwürdige Gerichtsurtheil liegt
jetzt im Wortlaut vor, sodas man nun diese Blüthe gericht-
licher Arbeit voll genießen kann. (Folgt eine Wiedergabe
des Hauptinhalts.) Die Milderkeit, daß eine socialdemo-
kratische Publikation keine Geschwirdigkeiten enthält, scheint
der Berliner Gerichtshof von vornherein für ausgeschlossen zu
halten. Da wäre es doch viel einfacher, es
entschiede von vornherein, jede solche
Veröffentlichung enthält wegen der Partei-
tendenz die Ablicht, die Gesetze zu ver-
leihen, und ist deshalb strafbar; damit ersparte
man sich ja ein für allemal die Mühe eines logischen Denk-
process.“ Ganz richtig!

- Der Nordostsee Canal hübfete vor einigen
Tagen das Verhandlungsthema im Deutschen
nautischen Verein, der in Berlin tagte.
Minister von Bütticher äußerte sich dabei über die
Stellung der Reichsverwaltung zur Frage der Tarifherab-
setzung. Er erklärte, daß die Frequenz des Canals aller-
dings bisher weitens nicht den gehyeten Erwartungen ent-
spreche. Wenn auch die Reichsverwaltung nicht den Ge-
danken gehabt habe, aus dem Canal eine Einnahmequelle für
die Reichsfinanzen zu machen, so sei doch der Wunsch be-
rechtigt, daß wenigstens die Betriebskosten herausgewir-
thet werden. Der Staatssekretär meinte, der Mangel
an Frequenz sei daran anzuschuldigen, das man es mit
Wohlthun auf demselben Verwaltungsgebiet noch nicht gegeben
war. Er gab auch zu, das man bei der Gestaltung
des Tariffs doch vielleicht nicht das Rich-
tighährigste, das eine vermehrte Frequenz sich herausstellen
würde, wenn die Säge heruntergesetzt würden. Es
erwähnte noch zu kurz sei, um schon jetzt eine definitive
Entscheidung vornehmen zu können. Herr v. Bütticher
tag schon vor Ablauf des ersten Jahres der Schließführung
seiner Vorläufe zu machen. Es sei deshalb seine Ab-
sicht, sich zu unter, das durch ein weiteres Gees die
auf angelegte Zeit verlängert werden. In der Debatte
heraus zu ersehen, das der Tarif zu hoch sei und eine
entsprechende Schließ bestimmt werden, wobei von Seiten der
Schließ nicht akzeptiert begünstigt würde. Es kam schließlich
auf die pangsichtige Tarif für den Nord-Ostsee-Canal er-
wähnte, das das bagieren des Gebirgs der Arabe

nach der Lonnage beizubehalten ist. Der Verein hält
Zeitpunkt für den Entsch eines endgiltigen Tarifs noch ni-
für gekommen, sondern wünscht seine Gestaltung noch
weiter drei Jahre dem Verordnungswege überlassen zu se-
- Ferner sprach der Verein den Wunsch aus, das
Winterzuschlag in Wegfall kommen möge.

- Mit dem Zusatz des Phenolphthalein
zur Margarine ist es nichts. Der „Vor.“ zufolge
hat das Reichsgeheimheitsamt seinen Bericht über
die Ergebnisse von Versuchen über die Umverlebung
des Phenolphthaleins in die Margarine und über die Abfchheidung
des Phenolphthaleins aus der damit verzeigten Margarine
gestern der Reichstagscommission zur Vorberathung be-
Margarinegesetzes überreicht. Das Gutachten gipfelt darin,
das der Zusatz von Phenolphthalein zu
Margarine, den Professor Soghet in München zuer-
vorgeklagen hat, um dem Publikum die Unterscheidung
von Margarine und Butter zu ermöglichen, praktisch
werthlos ist, da durch eine Sodabildung jegliche Spu-
des Phenolphthaleins entfernt werden kann und die damit
auch vom Sodazusatz wieder befreite Margarine in Bezug
auf Aussehen und Geschmack gegenüber der ursprünglichen
Margarine nicht allein nichts verloren hat, sondern sogar
nicht unerheblich gewinnt, nachdem durch die Be-
handlung mit Soda die schlecht und ranzig schmeckenden
freien Fettsäuren der Margarine entfernt worden sind. Damit
fällt der Antrag Klose hin und die Margarinecommission
muß ihn wohl oder übel entfernen. Die Agrarier müssen
nun etwas Neues erdenken, um der unbequemen Margarine
eins zu versehen.

- Eine bemerkenswerthe Neuerung
in der Regierungspresse ist es, das die amtliche „Berliner
Corresp.“ aus der Sitzung der Budgetcommission
vom Dienstag über den Colonialetat einen
3 1/2 Spalten langen Bericht bringt. Freilich
besteht der Bericht fast nur aus den stenographisch mäßig
wiedergegebenen Erklärungen des Colonialdirectors Kayser.
Was die Abgeordneten dazu gesagt haben, wird mit einigen
wenigen Worten angedeutet. Und selbst in diesen Be-
merkungen ist jede scharfe Kritik der Verhältnisse in den
Colonien entweder vermieden oder abgeschwächt, mit einem
Wort, es ist diese offizielle Leistung wieder einmal das Muster
eines Parlamentsberichts, wie er nicht sein soll.

- Gerichtliche Sachverständige in Pre-
sachen. Der Präsident des Berliner Landgerichts I,
Geh. Justizrath Angern, hat, wie die „Vollzeitung“ hört,
dem Gehe des „Vereins Berliner Presse“ um Bestallung
von gerichtlichen Sachverständigen in Presse-, Schriftsteller-
dramatischen, Verlags- und druckereitechnischen Angelegenheiten
entsprochen. Als Sachverständige werden in diesen Tagen
vereidigt werden die Geseftbacture Grobbed („Post“),
Vollrath (Vollzeitung“), Dahms („Bazar“), Director des
Vestirgtheaters und Schriftsteller Dr. Blumenthal und
Verlagsbuchhändler Dr. Hempel in Berlin.

- Zur Lage in Sachsen. Die sächsischen Reactionäre
leisteten sich Ueberarbeit. Die Deputation, welche den Wahlgeseft-
entwurf durchzusetzen hat, ist schon mit der Arbeit fertig.
Minister v. Dreyß selbst kann es kaum erwarten, bis die Vorlage
als Gees unter Dach und Fach ist. Versagen Sie über mich den
ganzen Tag. äußerte er sich zu einem Mitgliede der Deputation.
Es drängt, denn der Widerstand im bürgerlichen Lager hängt an,
unbequem zu werden und die Opposition der Arbeiterklasse noch
ganz geringfügig zu unterstützen. Bisher wies die nationalliberale,
conservative und Regierungspresse die Angriffe der Opposition
immer mit überlegener Portenhuerei ab, die ganze Bewegung
beruht auf falscher, übertriebener Darneilung der Lage und ihrer
Bewertung. Das Volk selbst kann es nicht ertragen, im Gegentheil eine
Menge bisher Nichtwahlberechtigter erhalte nach der neuen Vorlage
das Wahlrecht, die Socialdemokratie sei ein Hans Blum in Ver-
dächtigung und Verdringung der Absichten der Regierung und der
bürgerlichen Parteien. Damit konnte man bisher einen Theil der
Reaktionären noch beschwichtigen. Aber kurz vor dem Bekanntwerden
der Vorlage machte sich auch ein lautes Rauschen der Opposition inner-
halb der Bourgeoisie bemerkbar und das Rauschen ist zu einem kräftigen
Strome geworden, der die Segel der socialdemokratischen Opposition gar
mächtig schwellt. Da und dort tritt ein bürgerlicher Abgeordneter

- Aus den Partibustenden Redeblüthen,
welche unsere Herren Agrarier in ihrer nächsten Con-
ferenzen im Circus Reich in Berlin barstorn, geben
wir ein paar Proben in folgenderem. Herr v. Dreyß-Daber
erklärte, die „heutige Circusvorstellung“ gefalle ihm. Er
wunderte sich, woher die vielen Theilnehmer noch das Geld
zur Reize hätten. Deutschland kann ohne uns nicht existiren.
Oben werde man sehr bald den Reim riechen,
das es ohne den Bund nicht geht. Was der
Minister von Hammerstein sagt oder nicht sagt, kann
uns nicht ruppen sein. Die Minister können uns

„Sie haben aber ja doch auch meinen Gesprächs-
helfer.“

„Das würdige des Herrn nicht. Sie gehen von
mir weg und stehen, das macht sich ein Fremder noch
nicht bezahlen an Lohn.“

„Herr v. Dreyß-Daber, Sie sind ein sehr
schöner Mann; es ist ja so ein sehr schöner Mann aus der
Welt.“

„Was ist das denn?“ fragte der Dreyß. „Ah ja,
das ist der Herr v. Dreyß-Daber.“

„Herr v. Dreyß-Daber, Sie sind ein sehr
schöner Mann; es ist ja so ein sehr schöner Mann aus der
Welt.“

„Herr v. Dreyß-Daber, Sie sind ein sehr
schöner Mann; es ist ja so ein sehr schöner Mann aus der
Welt.“

„Herr v. Dreyß-Daber, Sie sind ein sehr
schöner Mann; es ist ja so ein sehr schöner Mann aus der
Welt.“

„Herr v. Dreyß-Daber, Sie sind ein sehr
schöner Mann; es ist ja so ein sehr schöner Mann aus der
Welt.“

„Herr v. Dreyß-Daber, Sie sind ein sehr
schöner Mann; es ist ja so ein sehr schöner Mann aus der
Welt.“

„Herr v. Dreyß-Daber, Sie sind ein sehr
schöner Mann; es ist ja so ein sehr schöner Mann aus der
Welt.“

„Herr v. Dreyß-Daber, Sie sind ein sehr
schöner Mann; es ist ja so ein sehr schöner Mann aus der
Welt.“

„Nach Hause gehen?“ brumnte dieser. „Es was! Ich
komme ich erst auf den Geschmack. Ich bleibe hier und trinke
immer noch eins.“

Als er aber sah, das die Anderen gingen, zahlte auch
er und folgte ihnen, stolperte bald rechts bei Tofer, dann
wieder links bei Steinbrenner umher. Es war Nacht geworden.

„Wie gefällt Ihnen Kosegger?“ fragte der Reactioner
Toifer.

„Sapperlot, hier ist es finster, wie in einem Loch; man
sieht nicht einmal die Hand vor den Augen. Nimm Dich in
Acht, Michael, Du rennst an eine Fichte.“

Die Warnung kam zu spät; während sein Freund noch
sprach, schlug Chryslander mit der Stirn an den Stamm, das
der Baum bis in seine Krone erzitterte.

„Da häst!“ - hupp - häst - häst - ich mich halb angefoßen“,
klopte der Langhaarige und rieb sich die Stirne.

„Seit einem Jahr bin ich beirebt“, juch Steinbrenner
fest, „in unserer Stadt das Verständnis für diesen Autor
zu werden. Es geht aber sehr langsam. Und doch ist dieser
Kosegger ein Dichter von Gottes Gnaden, Idealist durch
und durch und naive. Na, ich sag' weiter nichts. Reinen
Sie nicht auch?“

„Die müssen hier über eine Brücke. Siehst Du sie,
Michael?“

„Kein, ich bin über den Weg hinan gekommen - hupp
- werde sie schon finden.“

Herr Michael laßt sich auf die Knie nieder und sucht
auf allen Beinen kriechend nach der Brücke. Toifer und
Steinbrenner spüren auch nicht mehr den fauchenden Sand
des Weges unter ihren Füßen. Es bleibt ihnen nichts übrig,
als das Beispiel des Philosophen nachzuahmen.

„Haben Sie keinen Baldschulmeister gesehen?“ beginnt
der hartnäckige Chryslander, der glücklich ist, sich über seinen
Stellung auszuwagen zu können, von Neuem.

„D, Sie glauben Epikur, in Ihnen denn gar nichts
mehr übrig? Aber was rede ich denn, Sie sind ja ganz
verdorrt. Ein Reich ohne Ideal ist schlechter als...“

„Sagen Sie es mir heraus“, meinte der Dreyß,
ganz trocken; „ein Reich ohne Ideale ist schlechter - denn
ein Reich.“

„Hier wollte ich sagen, Herr Sey, Sie werden von
mir noch nie so einer ordinären Anstand gehört haben. -
Bitte das ja beachten. Aber ein Ideal muß der Mensch
haben.“

„Hob das Ideal eines echten Mannes“, schloß die
hohe Stimme Michael Chryslanders daran, „was ist jetzt
die Frau, die deutsche Frau. Keine Herren, können Sie
sich geistlich der Nationalisten. Geseft die Dome erfinden,
die Laferenzen, die Studierbücher, das Schicksal
werden erfinden. Keine Herren, wer von Ihnen hätte das
Palast erfinden? - Es war die Zeit der goldenen Ära,
des Kulturthums, das geschworen, die Menschheit zu ver-
heiligen. Damals gab es noch Ideale auf der Welt, die
geistesreicheren Herzen und fromme, reine Gemüther. O,
es war eine schöne, herrliche Zeit damals, in der guten
alten Zeit. Herr Chryslander hat Recht: Ein Ideal muß
der Mensch haben, sonst, sonst, sonst - in er eben kein
Mensch mehr.“

Der Redacteur nickte zustimmend, Toifer nickte, wobei
Staub umfachte ein Lächeln. Die beiden Freunde, Herr
Stamm und Herr Sey, brummen etwas vor
sich hin, rüsten und jagen.

„Haben Sie, warum und wie Sie das verlangen haben?“
fragte der Redacteur Toifer.

„Habe keine Ahnung. Vielleicht war das Geld verpagt,
das ich von Ihnen erhalten habe.“

„Das ist es nicht; Siebe sind ja ganz gewiß. Aber Sie
sagen ja, weil Herr Chryslander in ihr Gespräch eingriff.“

„Das würdige des Herrn nicht. Sie gehen von
mir weg und stehen, das macht sich ein Fremder noch
nicht bezahlen an Lohn.“

„Herr v. Dreyß-Daber, Sie sind ein sehr
schöner Mann; es ist ja so ein sehr schöner Mann aus der
Welt.“

„Was ist das denn?“ fragte der Dreyß. „Ah ja,
das ist der Herr v. Dreyß-Daber.“

„Herr v. Dreyß-Daber, Sie sind ein sehr
schöner Mann; es ist ja so ein sehr schöner Mann aus der
Welt.“

„Herr v. Dreyß-Daber, Sie sind ein sehr
schöner Mann; es ist ja so ein sehr schöner Mann aus der
Welt.“

„Herr v. Dreyß-Daber, Sie sind ein sehr
schöner Mann; es ist ja so ein sehr schöner Mann aus der
Welt.“

„Herr v. Dreyß-Daber, Sie sind ein sehr
schöner Mann; es ist ja so ein sehr schöner Mann aus der
Welt.“

„Herr v. Dreyß-Daber, Sie sind ein sehr
schöner Mann; es ist ja so ein sehr schöner Mann aus der
Welt.“

„Herr v. Dreyß-Daber, Sie sind ein sehr
schöner Mann; es ist ja so ein sehr schöner Mann aus der
Welt.“

„Herr v. Dreyß-Daber, Sie sind ein sehr
schöner Mann; es ist ja so ein sehr schöner Mann aus der
Welt.“

auf und erklärt sich gegen die Vorlage, die Dresdener National-Liberalen machen. Männer wie Professor Böhmert, der Jurist Dingeldey und ihnen hat sich der Professor der Leipziger Universität, Dr. Sohn, in einem sehr bemerkenswerten Artikel angeschlossen. In einem Blatte, das der Wahlrechtsveränderung gewidmet ist, hat Sohn seinen Protest niedergelegt und die Fehler des Votums zugleich über die Qualifikation ihres Leiborgans aufgeklärt. Professor Sohns Ausführungen bilden eine kräftige Antwort auf des Ministers von Meißel Einführungsvorrede der Wahlrechtsvorlage. Wir haben dieselben in ihren wesentlichen Theilen schon zum Abdruck gebracht. Dieser Protest Sohns hat überall Aufsehen erregt, er wird auch in Dresden sehr unangenehm empfunden werden. Freilich an der Entscheidung wird er nichts mehr ändern, aber er wirkt agitatorisch in Kreisen, die der Socialdemokratie ungläubig und misstrauisch noch gegenüberstehen. In Kleinbürgerlichen Kreisen, die ja von der Vorlage auch getroffen werden, ist allmählich ein Unwille entstanden, der diese ruhigen sächsischen Bürger von ehedem gar nicht mehr erkennen läßt. In Kneipen wird auf die Regierung geschimpft, daß man die Ausdrücke gar nicht wiedergeben kann. In einer Gumbacher Bierkneipe meinte vor ein Paar Tagen ein Bürger: „Die ... da oben (damit meinte er die Regierung) haben uns jetzt lange genug für dumme gehalten.“ Bezeichnend ist auch folgendes Stimmungsbild. Im Variété-Theater: Battenberg, wo gegenwärtig die Baro in von Rabden ihre hippischen Künste producirt, singt der Komiker gegenwärtig ein Couplet, in dem er das preussische Wahlrecht ironisch verurtheilt und meint, mer Sachen, mer sein helle, mer müssen auch dieses preussische System haben. Das Publikum, welches aus Kleinbürgern, Kaufleuten besteht, bricht jeden Abend bei diesem Vers in einen demonstrativen Beifall aus, der beweist, wie auch in den der Socialdemokratie gewiß fernstehenden Kreisen über die Vorlage gedacht wird. Dazu kommen noch die Gerüchte, daß die Regierung in der ganzen Frage gespalten sei. Man erzählt es ganz offen und der Abgeordnete Mindich wollte die Geschichte auch in der Kammer erzählen, aber der Vorredner über es nicht zu, weil die Geschichte nicht in die Kammer gehören, — als der König beim Escat saß, sei die Rede auf die Vorlage gekommen und der Justizminister habe gar kein Hehl aus seiner Abneigung gegen die Vorlage gemacht. Es ist bezeichnend, daß er das in Gegenwart und ohne den Widerspruch des Königs hervorgerufen thun konnte. Auch von diesen Meinungsveränderungen will Herr v. Meißel nichts wissen. All diese Proteste und Erzählungen dringen ins Volk und verärgern von Tag zu Tag die Masse der Unzufriedenen. Rein vom parteipolitischen Standpunkte aus betrachtet, kann sich die Socialdemokratie ins Fräustliche lachen: in Sachen blüht ihr Weizen und bessere Freunde als Herrn v. Meißel, Schill und Mehnert können wir uns hier augenblicklich garnicht wünschen.

Aus dem Lande der Dichter und Denker. Eine Vorlesung aus Dodel-Portis Buch „Moses oder Darwin?“ wurde in einer öffentlichen Versammlung in Woblich in Preuß. a. L. dadurch inhibirt, daß einer der überwachenden Beamten das Buch confiscirte. Das ist wieder eine hübsche Illustration zur deutlichen „Meinungsfreiheit“.

Oesterreich-Ungarn.

Zur sogenannten Wahlreform-Vorlage wird aus Wien berichtet: Mehrere Clubs haben am Mittwoch die Wahlreform-Vorlage berathen. Ein Communiqué der vereinigten Parteiklubs besagt, der Club habe beschlossen, bei der ersten Lesung der Vorlage für deren Ueberwindung an einer Wahlreform-Ausschuss zu stimmen, dabei die Bereitwilligkeit der Partei zur eingehenden, wohlwollenden und fördernden Vorprüfung der Vorlage zu erklären, da die Partei stets die Nothwendigkeit einer Wahlreform auf freier Grundlage anerkennt und vertreten habe.

Schweiz.

In den schweizerischen Städten hat man angefangen, den Bohnenverhältnissen vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken. Zürich und andere Städte haben Bohnenquoten durchgeföhrt. Nun folgt Bern. Die Erquote ist am 16. Februar vorgenommen worden, wozu die Stadt in 25 Erhebungsbezirke eingetheilt wurde. Die Anregung zu der Untersuchung ist von etwa 25 Vereinen ausgegangen und ist allgemein als ein Schritt zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse willkommen geheißen worden. Bern hat nicht nur eine sehr hohe Einkommensteuer — man zählt dem Staat und der Stadt zusammen 6 Frs. vom Gander Einkommen und das nicht steuerbare Existenzminimum beträgt nur 600 Frs. — sondern auch sehr hohe Mietzpreise. Die Mieter müssen bei der Erquote die Mietzpreise angeben; auf diese Weise hofft man den Hauseigentümern auf die Spur zu kommen, die mit dem Vermietern von Wohnungen wahren Wucher treiben. Verhältnißmäßig am theuersten und schlechtesten wohnt wie überall der Arbeiter.

Italien.

Die Abenteuerpolitik Crispis in Afrika nimmt für ihn eine immer bedenklichere Wendung. Die Schwierigkeiten des Generals Baratieri in Abyssinien verstärken sich plötzlich noch bedeutend, denn es zeigen sich zum ersten Male seit dem Beginne des Krieges in Tigre Anzeichen, die einen allgemeinen Abfall der Eingeborenen von der italienischen Sache befürchten lassen. Vor einigen Tagen sind zwei Ras, auf deren Treue die Italiener unbedingt vertrauen zu können glaubten, plötzlich abtrünnig geworden und haben: sogar den Versuch unternommen, Baratieris Verbindungslinie mit Asirat zu unterbrechen. Der Versuch ist glücklich vereitelt worden, allein es ist den treulosen Ras offenbar gelungen, sich der Rache der Italiener zu entziehen und ihre Schwärmen dem Heere Meneliks zuzuföhren. Es wäre der schwerste, nicht zu verwindende Schlag für General Baratieri, wenn dieses böse Beispiel Nachahmung fände; ohne die eingeborenen Truppen, die Asarats, wäre nicht allein ein erfolgreicher Widerstand bei Enticho, sondern die Behauptung der Githäas überhaupt ein Ding der Unmöglichkeit, wofür Italien nicht zwei Armeecorps nach Afrika senden würde. Und das kann es finanzieller Schwierigkeiten halber und wegen des immer härter werdenden Widerstandes gegen die Crispische Sexualpolitik, nicht thun.

Der Märtyrer von Sicilien. Ueber den Aufenthalt des Führers der sicilianischen Erhebung Garibaldi Bosco im Gefängniß von Palian (wo sich auch Vero befindet) erzählt der „Vorwärts“ durch Boscos Mutter, welche ihn vor einigen Tagen besuchen durfte, folgendes: Der Verurtheilte mit seinem Freunde Vero ist Bosco gänzlich untertän.

Seine Gesundheit ist noch immer durch die Krankheit, welche er sich in dem furchterlichen Kerker von San Semignano zugezogen, getrübt. Er schreibt und liest viel, ist über seine Widerwahl vollständig unterrichtet und hat seine Mutter, seinen Gefängnisgenossen für ihre Treue zu danken. Der Director des Gefängnisses ist ziemlich gutherzig, während der von Semignano als grausam bekannt ist. Bosco hatte dort außer anderen Tölpeln auch Junger erleiden müssen; als er eines Tages darüber Klage führte, erhielt er zur Antwort: „Was, Sie leiden Hunger, mit dem Gesicht!“ An dem Tage, an welchem er das Sträfingelieb anlegen mußte, ließ ihn jener Director zurückrufen und schärfte ihm ein: „von dem Moment an seinen Wächtern unbefangenen Gehorsam zu leisten, jetzt sei er nur mehr eine Nummer!“ Worauf Bosco erwiderte: „Nein, Herr Director ich bin und bleibe Garibaldi Bosco! Ich bin kein Verbrecher, sondern ein Kämpfer für meine Ideale!“ — Drei Tage verschärfter Kerker waren der Lohn dieser Rede.

Spanien.

Der Kampf gegen die Socialdemokratie wird überall gleich geführt, nämlich mit Polizeimittelchen und Gelegensauslegungskünften. In Spanien ist es nicht anders als in — Mitteleuropa. So wird jetzt aus Madrid berichtet: Am 6. Februar wurde Genosse Pablo Iglesias in Freiheit gesetzt, nachdem er die Strafe von vier Monaten und einem Tage Gefängniß verbüßt hatte, die ihm der Gerichtshof von Malaga wegen einer während des Streiks der Arbeiter der „Industria Malaguena“ gehaltenen Rede auferlegte.

Der cubanische Aufstand kostet den Spaniern ein Heibengelb. Die Finanzlage Spaniens wird immer bedenklicher. Nach den Schätzungen erfahrener Finanzmänner belaufen sich die Kriegskosten Ende Januar bereits auf 300 Millionen Pesetas, und es wird angenommen, daß die tägliche Unterhaltung des Heeres auf Cuba mindestens eine Million Pesetas kostet. Bei der ohnehin schwierigen wirtschaftlichen Lage des Landes muß nach der „Kön. Ztg.“ mit der Aussicht, daß die finanzielle Zusammenbruch unabweislich sein wird, ernstlich gerechnet werden. — Dem Insurgentenführer Maceo ist es gelungen, die spanischen Linien in der Richtung nach Osten zu durchbrechen.

Holland.

Holland bekommt jetzt auch einen Bauernbund; nachdem bereits am letzten Tage des verflossenen Monats in einer Versammlung in Arnhem der Plan gefaßt wurde, hat dieser Tage dort die Begründung des auf „christlicher Grundlage“ beruhenden „Niederländischen Bauernbundes“ stattgefunden. Derselbe soll das ganze Königreich umfassen; ein Centralausschuss wird den Zweigvereinen allgemeine Weisungen zukommen lassen, in die inneren Angelegenheiten derselben will aber der Centralausschuss nicht eingreifen. Die ultramontanen Mächte begrüßen die Gründung sympathisch. Man könnte also glauben, es sei die Lösung ausgegeben worden: „Bauern aller Länder, vereinigt Euch!“ Aber die schöne Idee wird wohl Schiffbruch leiden, denn die Intereffengesehse sind zu stark, und überall ist nur der eigene Vorteil die Triebfeder. Es trifft sich ganz schön, daß während der Gründung des niederländischen Bauernbundes dicht an der Grenze, aber auf deutschem Gebiet, nämlich in Kempen, eine Versammlung von etwa 300 Landwirthen stattfand, zu dem Zweck, eine bestimmte Stellung zu der holländischen Vieheinfuhr zu nehmen. Die Versammlung beschloß, es solle eine Eingabe an die Regierung ausgearbeitet werden, dahin gehend: 1. daß die Sperrung der holländischen Grenze für die Einfuhr von Rindvieh — zum Schaden der benachbarten deutschen Kreise, die seit länger als 30 Jahren mit Holland einen lebhaften Veredelungsverkehr in Rindvieh gepflogen haben — nur dann weiter aufrecht erhalten werden kann, wenn die Grenze auch für die Einfuhr von Viehproducten: Fleisch, Milch, Butter u. s. w., wegen der damit verbundenen sanitären Gefahren ebenfalls geschlossen wird; daß weiter genau dieselbe Sperre wegen des Vorhandenseins der gleichen Gefahren gegenüber der Einfuhr aus anderen Ländern, namentlich Dänemark, verfügt wird; oder aber 2. falls man bei der königlichen Staatsregierung es nicht für angängig erachten sollte, die Sperre anderen Ländern gegenüber zu versagen, man dann die Einfuhr von Rindvieh aus Holland unter denselben Vorrichtungsregeln und Bedingungen gestatten möge.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung ist gegen Professor Duidde in München nach der „Münch. Freien Presse“ Anklage erhoben worden. Es handelt sich, wie der „Allg. Ztg.“ mitgetheilt wird, um eine in einer socialdemokratischen Versammlung vom 20. v. M. gehaltene Rede, in der Dr. Duidde im Anschluß an die Ausführungen des Abgeordneten v. Bollmar die Person des deutschen Kaisers und insb. die Stiftung des Wilhelmordens zum Gegenstande abfälliger Bemerkungen gemacht haben soll. Sonntag, den 5. Januar, wurde in Kiel der 36jährige verheirathete Klempnergeselle Joseph Scheibel wegen lauten Scandalirens verhaftet. Sch. ist Alkoholist, bereits zweimal wegen Delirium tremens in ärztlicher Behandlung gewesen und war an dem fraglichen Tage wieder einmal nicht Herr seiner Sinne. Auf dem Wege zum Polizeigefängniß, wohin eine größere Menschenmenge folgte, soll sich ein Sch. einer Majestätsbeleidigung dem Polizeibeamten gegenüber schuldig gemacht haben. In der am Dienstag vor der Kieler Strafkammer stattgefundenen Verhandlung beantragte der Staatsanwalt vier Monate Gefängniß und

eine Woche Haft wegen Kubestörung. Das Gericht entsproh dem Antrage des Staatsanwalts, indem es bei der Abmehung der Strafe die Unbescholtenheit und die Trunkenheit in Betracht zog, dagegen nicht die Ueberzeugung erlangen konnte, daß der Angeklagte sinnlos betrunken war. Sch. geht zu den Arbeitern, die weder organisiert, noch sich sonst um öffentliche Angelegenheiten bekümmern.

Parteiangelegenheiten.

Der „Vorwärts“ schreibt in seiner Donnerstagsnummer: „Unter beiden Redactoren Dr. Adolf Braun und Fritz Kunert hatten gestern eine eigenartige polizeiliche Ueberwachung über sich ergehen zu lassen. In der letzten Abendstunde erschien ein vier Mann starkes Aufgebot von Criminalschutzeleuten, um unsere beiden Kollegen nach dem Polizeipräsidium zu citiren. Die Herren trafen nur Kunert anwesend, der selbstverständlich die Beamten nach der Legitimation zu ihrem Auftrage fragte. Die Antwort der Leute lautete, daß sie Gewalt anwenden müßten, wenn er nicht gutwillig mitgehe. Auf dem Polizeipräsidium wurde Kunert einem Manne gegenüber gestellt und befragt, ob er ihn kenne oder ihn schon gesehen habe. Kunert erwiderte, daß er diese Frage selbstverständlich weder absolut bejahen noch verneinen könne, und als ihm dann von dem Criminalbeamten entgegen wurde, daß der Vorgesetzte die Person sei, welche am 18. Januar dem „Vorwärts“ das „Armeekorps-Verordnungsblatt“ mit dem Gnadenkreuz übermittelt habe, wies Kunert auf die vor dem Untersuchungsrichter in der Angelegenheit am 31. Januar gemachte Aussage hin und erklärte, daß er in Bezug auf diese weder etwas zurückzunehmen noch hinzuzufügen habe. Nachdem unserm Kollegen Kunert dann noch von dem Criminalbeamten erklärt worden war, daß der Confrontirte sich unter ausführlicher Schilderung aller Einzelheiten des Vorgangs als Uebermittler des betreffenden Zeitungsblattes bekannt habe, wurde Kunert von dem Polizeibeamten entlassen.“

Von unserm Kollegen Braun, der etwa um 7 Uhr auf der Redaction eintraf und dann gleich von einem herbeieilenden Criminalbeamten abgeholt wurde, haben wir am Schlusse des Blattes noch keine weitere Kunde. Es scheint somit, daß Braun aus uns unerkennlichen Gründen in Haft behalten wurde.

Spätere Mittheilungen besagen, daß Genosse Dr. Braun in der That in Haft gehalten wurde, doch ist der Grund dieser auffälligen Maßnahme bisher unbekannt.

Arbeiterbewegung.

Die Bedingungen, unter welchen die Beendigung des Streiks der Arbeiter der Berliner Herren- und Knabenconfection — vorbehaltlich der Zustimmung der Arbeiter selbst — ausgesprochen werden soll, lauten:

1. Die Confectionäre bewilligen einen 12 1/2 procentigen Lohnzuschlag auf alle vor dem Streik gezahlten Lohnsätze. Sofern dieselben die Minimalhöhe des von den Confectionären vorgeschlagenen Minimaltarifs nicht erreichen, ist mindestens der Betrag des verbleibenden Minimaltarifs zu zahlen.
2. Unter den Lohnsätzen zu 1 dürfen Arbeiten weder an Zwischenmeister noch an Arbeiter ausgegeben oder übernommen werden.
3. Die nach diesen Sätzen zu zahlenden Lohnsätze sind für jedes Geschäft durch Aushang im Geschäft und bei den Zwischenmeistern bekannt zu geben.
4. Die Zwischenmeister verpflichten sich zur Anbringung des Aushanges, sowie ferner, ihren Arbeitern den vollen erzielten Lohnzuschlag zu gewähren.
5. Die Confectionäre verpflichten sich, Zwischenmeister, welche die Bestimmung zu 4 nicht erfüllen, ferner nicht mehr zu beschäftigen. Ebenso verpflichten sich die Zwischenmeister für Confectionäre, welche die vorstehenden Verpflichtungen nicht erfüllen, nicht mehr zu arbeiten.
6. Der Streik der Arbeiter der Herren- und Knabenconfection wird aufgehoben.
7. Das Einigungsamt wird über die Feststellung eines specialisirten Minimallohntarifs weiter verhandeln und die Feststellung eines solchen durch Vergleich oder Schiedspruch herbeiföhren. Die erforderlichen Grundlagen sollen durch umfangreiche Beweisaufnahme unter Hinzuziehung von Vertretern der drei beteiligten Kategorien, welche sich zum Erscheinen vor dem Einigungsamt verpflichten, beschafft werden.
8. Ueber eine Einsetzung einer Commission zur Schlichtung von Tarifstreitigkeiten, sowie die Reform des Arbeitsempfanges und der Abfertigung soll gleichzeitig mit der Lohnarbitrageverhandlung verhandelt werden. Ebenso über den Aushang des noch auszuarbeitenden Lohntarifs.
9. Lohnabrechnung und Lohnzahlung hat wöchentlich einmal zu erfolgen.
10. Nagregelungen dürfen nicht stattfinden.

Zwischen den beiden Commissionen der Berliner Groß-Confectionäre der Damen- und Kindermannei-Branchen und der Schneidermeister ist nach zweitägigen gemeinsamen Verhandlungen am Dienstag Abend ein Ausgleich zu Stande gekommen. Beide Commissionen wollen die Vorschläge ihren Auftraggebern zur Genehmigung mit thunlichster Schnelligkeit vorlegen. Doch sollte vorerst Donnerstag Abend noch mit der Fünfer-Commission der Arbeiter Verhandlung gesucht werden.

Gerichtliches.

Ein Gotteslästerungsproceß. Aus Gießen wird geschrieben: Wegen Gotteslästerung wurde von der hiesigen Strafkammer ein Schuhmachermeister zu sechs Wochen Gefängniß verurtheilt. Die hier nicht wiederzugebende Aeußerung war in öffentlicher Wirkthät gefaßt. Ein anwesender Gerichtsschreiber habe den Schöpfer demüthigt. Bei der Verhandlung stellte es sich heraus, daß der Gotteslästerer ein ganz wüthender Socialistenpfeifer ist. Er hatte an jenem Abend der ihm so verhängnißvoll wurde, u. A. auch verlangt, daß alle Socialdemokraten und Anarchisten verhaftet werden müßten. Als Entlastungszeugen für den rabiaten Gotteslästerer trat der hiesige Criminalschutzmänn Weiß auf. Seine Aussage ist so charakteristisch, daß wir sie wörtlich wiedergeben wollen: „Ich kann dem Angeklagten das beste Zeugnis ausstellen. Der Mann ist auch religiös gesinnt, denn ich habe ihn selbst in die Kirche gehen sehen. Außerdem ist der Mann Mitglied des Arbeitervereins und hat zwei festgesetzte Mitgliedschaften. Weiter aber ist er Mitglied des evangelischen Arbeitervereins und die Ziele dieses Vereins sind dem hohen Gerichtshof wohl bekannt.“ Trozdem hat aber der Mann Gott gelästert. Immerhin ist er mit sechs Wochen Haft davongekommen, zwei Wochen weniger, als die Minimalstrafe für Majestätsbeleidigungen beträgt.

„Gerechtigkeit.“ Unter dieser Epithete veröffentlicht die Wiener „Arb.-Ztg.“ folgende bezeichnenden Fälle von Klassenjustiz. Ein armer Bergarbeiter, der sein Leben lang gebungert hat, wird entlassen: aus Verzweiflung toll geworden, schlägt er den Bergbeamten nieder, den er für den Urheber seines Elends hält. „Das war ein Mord und der Bergarbeiter Hofmann wurde in Prag gehängt — von Rechts wegen.“ — Am 22. September 1855 glichen die Arbeiter friedlich aus dem Prater; die Polizei hält sie auf und nimmt einige Bergarbeiter vor. Im Januar schlägt der achtzehnjährige Arbeiter Adam — ein Polyzist behauptet das, Adam leugnet es — mit dem Stock nach dem Helm des Waghmanns;

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

15. Plenarsitzung vom 20. Februar 1896 — 1 Uhr.

Die Beratung des Militäretats wird beim Extraordinarium fortgesetzt.

Bei Titel I erklärt

Abg. v. Massow (cons.) Namens seiner politischen Freunde, daß der Militäretat sich in bescheidenen Grenzen halte und daß seine Partei in Folge dessen für die nächsten Forderungen des Extraordinariums stimmen werden. Wenn sie einzelne Posten ablehne, so gehe sie nicht, weil sie sie für unbillig halte, sondern weil sie glaube, daß die Forderungen noch zurückgestellt werden können. Die Soldaten sollen gesunde lustige Räume erhalten, aber die Hütten der Landbewohner dürfen nicht einfallen, weil ihre Besitzer vor der Ruine ständen. Er hoffe, der Bundesrat werde sich endlich zu den „großen Mitteln“ zur Hebung der Noth der Landwirtschaft herbeilassen. (Bravo! rechts).

Der Titel wird bewilligt.

Ein Posten von 88,000 Mk. für den Neubau einer Garnisonkaserne in Paderborn wird auf Antrag der Budgetcommission abgelehnt.

Die als erste Rate zur Vermehrung der Reserve an Verpflegungsmitteln ausgeworfenen Summe von 1,650,000 Mark ist von der Budgetcommission gestrichen worden.

Die Abg. Dr. v. B. (cons.) und von Leipziger (cons.) beantragen dagegen, den Posten wieder herzustellen.

Abg. Lieber (cons.) führt aus, daß bisher diese Mittel vorzugsweise aus dem Betriebsfonds entnommen worden seien. Das sei ein budgetmäßig unerwünschter Zustand und es empfehle sich daher, einen Anfang damit zu machen, wenigstens einen Theil der Mittel in den Etat einzustellen.

Abg. Richter (freil. Sp.) wendet sich gegen den Antrag Lieber. Die von ihm und der Regierung vorgeschlagene Regelung der Frage laufe nur auf eine Erleichterung, mittelbar also auf eine Verparung des Betriebsfonds hinaus, ein Zustand, der noch unerwünschter wäre.

Generalmajor Frhr. von Gemmingen bittet um Annahme des Antrags Lieber.

Abg. von Kardorff (Rp.) constatirt, daß der betreffende Beschluß der Budgetcommission bei einer Präsenz von nur 23 Mitgliedern mit 13 gegen 10 Stimmen gefaßt worden ist und erklärt sich für den Antrag Lieber.

Schatzminister Graf von Posadowsky hebt die Schwierigkeiten hervor, welche die ganze Materie der Finanzverwaltung bereitet, da sie immer mit schwimmenden Schulden zu rechnen habe.

Abg. Dr. Hammacher (natl.) tritt für den Antrag Lieber ein.

Bei der Abstimmung stimmen die Socialdemokraten, die Freisinnigen, der größte Theil des Centrums, die Rechten gegen den Antrag Lieber, das Resultat der Abstimmung bleibt zweifelhaft und es findet Hammeisprung statt. Die Abstimmung ergibt, daß 92 Mitglieder mit „Ja“ 55 mit „Nein“ gestimmt haben.

Das Haus ist also nicht beschlußfähig und muß sich vertagen.

Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf heute Nachmittag 3 Uhr an. (Heiterkeit.)

16. Sitzung vom 20. Februar 1896.

Gröffnung 3/4 Uhr.

Die Beratung des Militäretats wird fortgesetzt.

Die Abstimmung über den Antrag Lieber wird aufgesetzt.

Zu der Forderung für den Neubau oder Erweiterungsbau der Bekleidungsämter zu Berlin, Hannover und Münster bemerkt Abg. Richter (freil. Volksp.) daß der gewählte Platz für Berlin im Mittelpunkt der Stadt (Kupfergraben-Kaserne) läge und deshalb ungewöhnlich sei.

Abg. Singer (Social.) schließt sich diesen Bedenken an. Eine so unorthodoxe Forderung wie diese ist selten gestellt worden. Der Grund und Boden, wo jetzt die alte Kaserne am Kupfergraben steht, hat geringen Werth von 6 1/2 Millionen Mark. Dieser außerordentlich werthvolle Grund und Boden soll nun für einen Kasernenbau verwandt werden, obwohl es gewiß viel angemessener wäre, in dieser Gegend Gebäude für Wissenschaft und Kunst zu errichten, an denen es in Berlin gewiß mangelt. Der preussische Staat erachtet es doch sonst für seine Aufgabe, Grund und Boden, den er in Berlin besitzt, möglichst theuer zu verwerthen. Ich erinnere nur an die Verlegung des botanischen Gartens. Mag die Reichsverwaltung in dieser Beziehung von Herrn Miquel etwas lernen und das Areal am Kupfergraben höher bewerten als durch den Bau einer Kaserne. Sollte man etwa meinen, daß es notwendig ist, die Truppen in Berlin zu concentriren? In der Budgetcommission ist von etwas Ähnlichem gesprochen worden. Es hieß, man wolle die Truppen bei der Hand haben, um das Schloß zu schützen. Gegen wen denn? Es heißt, die Verhältnisse geradezu auf den Kopf stellen, wenn man den Schutz des Schloßes als notwendig bezeichnet. Wenn die Dinge einmal so liegen, daß Truppen in Berlin concentrirt werden, so werden ganz andere Dinge zu schützen sein, als gerade das Schloß. Redner hofft, daß der Reichstag im Interesse der Steuerzahler den Neubau der Kaserne auf der alten Stelle ablehnen werde, so könnten 4 1/2 Millionen mindestens gewahrt werden.

Generalmajor Frhr. von Gemmingen erklärt es für nicht angängig, die ganze Garnison von Berlin in entfernter Vorstadtteile zu verlegen. Die alte, unbrauchbare Kaserne am Kupfergraben müsse unbedingt durch eine neue ersetzt werden; zu anderen Zwecken werde das Terrain von der Militärverwaltung auf keinen Fall hergegeben werden.

Abg. Singer (Social.) stellt fest, daß der Commissar des Kriegsministers sich über den Werth des Grundstücks gar nicht geäußert habe. Die Volkvertretung habe aber das Recht, auf Sparfüßeln zu dringen, sonst müßten immer mehr Culturaufgaben unerfüllt bleiben. Bedenkt man, daß das Bedürfnis nach einer neuen Kaserne, so kann es auf andere Weise befriedigt werden, als durch den Bau am Kupfergraben. Das Reich ist verpflichtet, zu sparen, wo es sparen kann. Die Steuerzahler würden es nicht verhehlen, wenn der Reichstag seine Zustimmung dazu gäbe, daß eine Kaserne auf einem so werthvollen Grundstück errichtet werde.

Abg. v. B. (cons.) stellt fest, daß vom Schutze des Schloßes in der Commission mit keinem Worte die Rede gewesen sei.

Abg. Richter glaubt doch, daß dies der Fall gewesen ist. Der Titel wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten und Freisinnigen bewilligt.

Nach den Beschlüssen der Budgetcommission werden hierauf

30,000 Mk. 2. Rate für den Neubau einer Kaserne der Artillerie in Brandenburg a. S., 15,000 Mk. (Neubau einer Kaserne in Dessau), 14,000 Mk. (Erweiterungsbau für eine Infanterie-Kaserne in Minden), 700 Mk. Kaserne für das Bezirkscommando in Hamburg.

Abgelehnt werden 2,000 Mk. von einer Forderung von 2,250 Mk. für den Ankauf der Militärgrundstücke in Hannover an die städtische Casematzen.

Gestrichen werden 350,000 Mk. für Umbau einer Trains-Kaserne in Darmstadt und 10,000 Mk. für den Neubau eines Mannschaftsgebäudes auf dem Grundstück der alten Dragonerkaserne

in Karlsruhe, 15,000 Mk. für den Neubau einer Kaserne in Straßburg i. E., 500,000 Mk. für eine Kaserne in Zabern, 10,000 Mk. für den Neubau eines Generalcommando, Dienstwohnungs- und Bureaugebäudes für das 15. Armee-Corps in Metz.

Abgelehnt werden 27,000 Mk. von einer Summe von 30,000 Mk., die als 1. Rate für den Neubau eines Familien-Wohnhauses und Wirtschaftsgebäudes für ein Kasernenamt in Dresden, ferner 400,000 Mk. von einer Summe von 2,500,000 Mk., die für die Vergrößerung eines Artilleriechießplatzes bei Zeithain zu einem Truppenübungsplatz.

Gestrichen werden 5000 Mk. für den Neubau eines Garnisonlazareths in Weingarten (Württemberg) 1. Rate.

Der Rest des Extraordinariums wird darauf bebauteiligt bewilligt.

Bezüglich des Dienstaltersstufen-systems beantragt die Budgetcommission, folgende Resolution im Anschluß an den Militäretat anzunehmen:

1. Den Reichstagsvorstand zu ersuchen bei Ausstellung des nächstjährigen Etats auf eine Erhöhung des Gehalts der Landbriefträger bis 1000 Mark Bedacht zu nehmen durch Einstellung einer weiteren Gehaltsstufe mit dreijähriger Aufwärtszeit;

2. den Reichstagsvorstand zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Bestimmungen über die Anrechnung der Militärdienstzeit bis zu einem Jahre auf die vor dem 1. Januar 1892 angestellten Beamten ausgedehnt werden;

3. den Reichstagsvorstand zu ersuchen, in Anbetracht der auf Einführung des Dienstaltersstufen-systems bei einzelnen Beamtenklassen eingetretenen Ungleichheiten mit Gehaltserhöhungen für diese Beamtenklassen vorzugehen, in soweit sie von den allgemeinen Gehaltserhöhungen des Jahres 1890 ausgeschlossen waren.

Abg. Singer (Social.) beantragt in Resolution 2 hinter dem Worte „Beamten“ die Worte: „und Unterbeamten“ einzufügen und als Nr. 4 folgende Resolution zu beschließen;

4. Den Herrn Reichstagsvorstand zu ersuchen, dahin zu wirken, daß den Beamten und Unterbeamten die Zeit vom Tage des Dienstantritts an bei der Anstellung als diätarische Dienstzeit berechnet wird.

Nach einem eingehenden Referat des Abg. Dr. Emmecerus wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung Freitag 1 Uhr abzuhalten, die heutige Debatte fortzusetzen, außerdem den Etat des Reichseisenbahnamtes, des Patentamtes und des Reichsinvalidentfonds auf die Tagesordnung zu setzen.

Zur Geschäftsordnung schlägt Abg. v. Bennigsen (natl.) vor, entweder wegen der Tagesordnung die erste Berathung des Zuckerteuergesetzes zu setzen, oder die Pause von 10 Tagen zu beschließen und vor der Pause am Montag nächster Woche mit der Beratung der Zuckerteuer-Vorlage zu beginnen.

Abg. Richter (freil. Sp.) macht darauf aufmerksam, daß heute der Reichstag noch nicht über die Tagesordnung von Montag nächster Woche beschließen kann. Er wendet sich dagegen, daß plötzlich die Zuckerteuer-Vorlage über's Knie gebracht werden soll.

Abg. Singer (Social.) ist der Meinung Richters. Es scheint ihm, als wolle die Verwaltung im Circus Busch nicht für sich, sondern auch für den Reichstag die Tagesordnung vorschreiben. (Unruhe rechts.)

Nach längerer Discussion, an der sich noch die Abgg. von Kardorff, Graf von Mirbach und Dr. Lieber beteiligen und sich für die Hinausschiebung der Pause erklären, bemerkt:

Präsident von Buol, daß es, da kein bestimmter Antrag vorliegt, bei seinem ersten Vorschlage bleibt. (Heiterkeit.)

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr.
Schluß 5 1/2 Uhr.

Locales.

Breslau, den 21. Februar 1896.

* Eine öffentliche Versammlung findet Sonntag, den 23. d. Mts., Nachmittags 4 Uhr im Saale des Herrn Rostromsky, Lohestr. 100, statt. Auf der Tagesordnung steht ein Referat des Genossen Tiege über das Vereins- und Versammlungsrecht. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

* Ueber das Mitwiegen der Düten im Kleinhandel äußert sich das Organ der Halberstädter Landeskammer, die „Wirtschafts- und Industriellen- und Schiffahrt“, in beachtenswerther Weise. In Folge des zur Verathung stehenden Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb sollten die bisher üblichen Waagen genau geprüft werden, ob sie gegen das in Aussicht stehende Gesetz verstoßen könnten. Ein weit verbreiteter Modus z. B., bei dem heute niemand etwas Gesetzwidriges findet, der aber einmal recht unangenehme Consequenzen nach sich ziehen könnte, ist das Mitwiegen der Düten. Es unterliegt keiner Frage, daß der Käufer, der ein Pfund Zucker oder Reis verlangt, auch berechtigt ist, ein volles Pfund Netto zu erhalten. Gemeinhin, besonders in den wäslischen Provinzen, trägt man diesem Umstande dadurch bereits zum großen Theile Rechnung, daß man die Düten aus festem aber leichtem Papier macht, so daß das Gewicht der Düte selbst verhältnißmäßig ist. In den östlichen und namentlich nordöstlichen Provinzen aber benutzt man präparirte und mit Erde beschwerte Papiere, die eine ganz erhebliche Denaturierung des Käufers im Gefolge haben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Richter hierin schon nach den heutigen Gesetzen etwas Strafbares erblicken wird, sobald sich nachweisen läßt, daß die Anwendung einer schweren Düte wohlüberlegt und absichtlich war. Thatsächlich sind ja auch dahingehende Entscheidungen bereits erfolgt. Wie viel gefährlicher wird es also werden, wenn erst die Grundzüge in dem Gesetze gegen den unlauteren Wettbewerb mehr und mehr zur Geltung kommen.

* Eine für verunglückte Arbeiter äußerst wichtige Entscheidung hat aus Anlaß eines Specialfallles das Reichsversicherungsamt getroffen. Dem verunglückten Arbeiter wird häufig die Geltendmachung seiner Rechte u. A. auch dadurch erschwert, daß Berufsgenossenschaften sich anmaßen, der Bekehrung über das Recht zur Berufungseinlegung gegen ihre Entscheidungen die völlig gelegwidrige Behauptung zuzufügen: „Der Berufungsschrift ist dieser Bescheid (das ist der mittelst der Berufung angegriffene Bescheid) beizufügen.“ Kommt der Arbeiter dieser Aufforderung nach, so ist er in der Geltendmachung seiner Rechte außer-

ordentlich behindert, weil dem außer Besitz des angegriffenen Bescheides Gelegten selten nachgemäßer Rath erteilt werden kann. Der Maurer Klemke hat nun in einem Specialfall die Entscheidung des Reichsversicherungsamts gegen einen berartigen Angriff gegen das Berufungsgerecht des Arbeiters angegriffen. Die nordöstliche Baugewerksberufsgenossenschaft hatte eine zweifellos dem minderjährigen verletzten Sohn des Maurers Klemke gebührende Rente nicht bewilligt. Hiergegen legte K. auf Anrathen eines Abgeordneten Berufung ein. Das Schiedsgericht forderte den Vater jedoch auf, den Bescheid, der hinreichend genau bezeichnet war, der Aufforderung der Genossenschaft entsprechend im Wortlaut beizufügen. K. lehnte es ab, dieser Aufforderung nachzukommen und legte gegen dieselbe Beschwerde beim Reichsversicherungsamt ein. Termin wurde inzwischen anberaumt und der klaren Sachlage entsprechend dem minderjährigen Klemke die ihm von der Berufsgenossenschaft versagte Rente zugewilligt. Und kürzlich wurde ferner dem Vater eröffnet, daß seine dem Reichsversicherungsamt vorgetragene Beschwerde für erledigt erachtet ist. Es wäre wünschenswert, daß die Arbeiter in allen Fällen der Aufforderung der Berufsgenossenschaft, den anzugreifenden Bescheid im Wortlaut oder Abschrift beizulegen, nicht nachkommen und in jedem einzelnen Fall gegen das ungeschickliche Anfechten, sich möglichst schutzlos der Berufsgenossenschaft gegenüberzustellen, Beschwerde erheben.

* Vom Stadt-Ausschuß. Der Inhaber des Equipagen-Verleih-Instituts, Herr Heymann, verlangt die Erlaubnis zum uneingeschränkten Ausschank von Spirituosen in seinem Grundstück, Klosterstraße 95. Wie der Vertreter des Concessionsnachsuchenden erklärt, ist es Herrn Heymann gar nicht darum zu thun, mit der Schankwirtschaft ein Geschäft zu machen; seine Absicht mit der Schankstube ist vielmehr eine ganz andere. Herr Heymann will nicht haben, daß seine 25 Kutsher, die er für seinen Fuhrwerksbetrieb beschäftigt, und die den ganzen Tag über im Hofe seines Hauses zu thun haben, außer Hause ihren Durst stillen, das führe zu Unzuträglichkeiten; sie sollen hübsch im Hause bleiben und zur Erreichung dieses Zweckes beabsichtigt er, selbst eine Schankwirtschaft zu betreiben. Die Leute sollen bei ihm selbst Speise und Trank haben, natürlich für ihr Geld. Sie hätten dann nicht nöthig, die Zeit zu vertrödeln. In diesem gemeinnützigen Bestreben, seinen Leuten etwas Gutes zu bieten, hofft der Vertreter, werde der Stadtausschuß den Petenten unterstützen und die Concession erteilen. Um das Bedürfnis noch besser zu beweisen, führte der Vertreter noch an, daß in dem Hause sich noch verschiedene Werkstätten befänden, in welchen eine Masse Arbeiter thätig wären, welchen ebenfalls daran gelegen wäre, eine Schankstube im Hause zu haben. Der Stadtausschuß hatte in diesem nicht das Einsehen, daß die Errichtung der Schankwirtschaft im öffentlichen Interesse liege; gewiß würde Petent nicht nur an Kutsher, sondern auch an Fremde Schnaps verkaufen; der Bedarf an Alkohol sei aber auf der Klosterstraße hinreichend gedeckt. Herr Heymann wurde also abgewiesen.

Der Restaurateur Langner hat vom Restaurateur Winkel die Restauration zum „Merkur“, Schubbrücke 42, übernommen und wünscht, daß die Erlaubnis zum Ausschank von Bier, Wein, Kaffee, Milch auf seinen Namen übergehe. Hiergegen hat das Polizeipräsidium aber Widerspruch erhoben, weil das Local an der Vincenzstraße und am Matthiassgymnasium gelegen sei und deshalb Störungen zu befürchten wären. Als die Concession dem Vorbesitzer erteilt wurde, war es ein ruhiges Altes Local, so daß derartige Bedenken nicht vorgelegen hätten. Das aber habe sich jetzt sehr geändert, denn das Local wäre ein Versammlungsort geworden, wo es meistens sehr lebhaft zugehe. Das verträge sich aber nicht bei der unmittelbaren Nähe einer Kirche und eines Gymnasiums. Der Antragsteller hält diesen Einwand für durchaus nicht stichhaltig; die Versammlungen finden nur des Abends statt und die Leute, die bei ihm verkehren, wären besondere Menschen, die die Grenzen der Erlaubnis nicht überschritten. Der Stadtausschuß erteilte die Genehmigung, da der Polizeivertreter keine Thatsachen angeben konnte, die darauf schließen ließen, daß Störungen vorgekommen wären, oder vorkommen könnten.

* Zur „Sonntagsruhe.“ Für das Frisieren von Damen ist mit Rücksicht auf das durch die Gesellschaft gezeigte Interesse eine Beschäftigung von Arbeitern über die in der Bekanntmachung vom 19. März 1895 bezeichneten Stunden hinaus bis 7 Uhr Abends in der Zeit vom 23. Februar bis 22. März d. J. ausnahmsweise zugelassen. Hierbei sind folgende Bedingungen inne zu halten: Wenn die Sonntagsarbeiten länger als 3 Stunden dauern, so sind die Arbeiter entweder an jedem dritten Sonntag für volle 36 Stunden oder an jedem zweiten Sonntag mindestens in der Zeit von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends oder in jeder Woche während der zweiten Hälfte eines Arbeitstages, und zwar spätestens von 1 Uhr Nachmittags ab, von jeder Arbeit freizulassen. Wenn die Arbeiter durch die Sonntagsarbeiten am Besuch des Gottesdienstes behindert werden, so ist ihnen an jedem dritten Sonntag die zum Besuch des Gottesdienstes erforderliche Zeit freizugeben.

* Das städtische Leihamt soll aufgehoben werden. In der jüngsten Versammlung des Bezirksvereins der inneren Stadt hat (nach der „Bresl. Zig.“) Stadtverordneter Haber mitgeteilt, daß der Magistrat die Aufhebung des städtischen Leihamtes plane. Es habe sich gezeigt, daß dieses Institut seinen ursprünglichen Zweck nicht mehr erfülle und daher ein Bedürfnis für seinen Fortbestand nicht vorhanden sei.

Entbehrungslohn der Capitalisten. Die Aktionäre der Oberschlesischen Portland-Cementfabrik erhalten für ihre „aufreibende Thätigkeit“ eine Dividende von 6 Prozent.

Die Schiffsahrt auf der Oder ist in Folge des neuerdings eingetretenen Frohes wieder als gefährlich zu betrachten. Die von Breslau bereits abgefahrenen Rähne liegen theils in Malisch und Steinau, theils zwischen diesen Stationen in den Dünen fest.

Apotheken-Eröffnung. Apotheker abseiger E. Kade, früher in Wiganthal, Hineberg, hat die ihm vom Oberpräsidenten von Schlessen verliehene neue Apotheke hierfeldt am Lehndamm 21/23 und Monhauptstraße 28 nach stattgehabter Revision eröffnet.

Stadt-Theater. Heute Freitag geht Wagners „Die Walküre“ in Szene. Morgen Sonnabend findet eine Wohlthätigkeits-Vorstellung statt.

Lode-Theater. Heute Freitag geben zum letzten Male „Die Romantischen“ und „Comtesse Guercel“ in Szene: in der morgen Sonnabend zum Benefiz von Max Boermeier stattfindenden Aufführung der großen Gesangsposse „So sind sie Alle“ ist außer dem Benefizanten auch Lina Siegler, unsere treffliche Soubrette, in einer Solopartie beschäftigt.

Thalia-Theater. Heute Freitag gelangt als Extravolks-Vorstellung „Wilhelm Tell“ zur Aufführung. Diese Vorstellung beginnt um 8 Uhr Abends. Billets zu derselben sind an der Oberkassette erhältlich. Sonntag findet eine Wiederholung der Straußoperette „Die Fledermaus“ statt. Der Billet-Verkauf für diese Vorstellung ist morgen Sonnabend von 10-3 Uhr bei L. A. Schlegler, Ring 10/11.

Gasse bei A. Am 19. d. M., Abends 9 Uhr, vernahmten die Bewohner des Hauses Lorenzstraße 43 (alte Hüderstraße) eine laute Detonation. Im Dachraum des genannten Hauses fährt links ein durch eine Windfangtür abgegrenzter jämdaler Gang zu einer Restauration. In diesem Gange befindet sich ein Gasrohr, welches sich durch einen und Gas einströmt zu sein, das sich bei Annäherung von Licht entzündete, denn als der Schloffer Jos. Kolbe, vielleicht mit einer brennenden Cigarette im Munde, jenen Gang betrat, erfolgte, wie berichtet wird, eine heftige Explosion, bei der die Windfangtür und eine andere Thür schwer beschädigt und die daran befindlichen Scheiben zertrümmert wurden. Kolbe erlitt schwere Brandwunden, die seine Unterbringung in einer Krankenanstalt nöthig machten.

Geföhlen wurden von einem Pferdewagen, der auf der Gelbhörgerstraße kurze Zeit ohne Aufsicht gelassen worden war, eine Reihe Patente im Werthe von 10 Mark, einem Jandemann aus Segroy bei Töplitz bei Töplitz auf dem hiesigen Schlanitzmarkt ein Schwein im Werthe von 50 Mark.

Tödt aufgefunden wurde eine Fabrikarbeiterin in ihrer Wohnung auf der Friedrichsstraße. Als Todesursache ist von einem Arzte ein Herzschlag festgestellt worden.

Unglücksfall. Ein Postkutschmann kam auf der Waldenstraße beim Verlassen eines Wagens der Pferdebahn während der Fahrt zu Fall, wurde überfahren und brach den linken Unterschenkel. Er wurde zunächst in seine Wohnung, wo ihm die erste ärztliche Hilfe zu Theil wurde, und dann nach der Chirurgischen Klinik gebracht.

Was dem Volke überhört. In das Volke überhört wurden am 19. d. M. 53 Personen eingekerkert. — Abgesehen davon: ein Rollenband, ein goldenes Armband, eine silberne Kette mit einem Stein, eine silberne Kette mit einem Stein, ein goldenes Ring, ein goldenes Ring mit Brillenstein. Gefunden wurden: ein vergoldetes Armband und ein Uhr.

Schlesien.

Wesitz, 20. Februar. Zur Vorbereitung der Schreiber und Arbeiter wird am Samstag, den 23. d. M., in der Stadthalle über 500 Schreiber und Arbeiter zu einer von Verband Deutscher Schreiber und dem Vorstand der Schreiber verbundenen Versammlung ein. Um Stellung zu nehmen zur Vorbereitung in der Gewerkschaften. ...

adressirter Einschreibebrief einlaufen. Derselbe enthielt 2000 Mark für geleisteten Spiritus. Der dem Dominium abstrakte Brief kam dort aber nicht an. Auf die nun eintretenden Anfragen seitens der Interessenten stellte die Postbehörde Nachfragen nach dem Verbleib des Briefes an. Natürlich kamen alle beteiligten Dienststellen in Untersuchung; schließlich ließen aber die Fäden derselben in Wobslau zusammen. ...

Kattowitz, 19. Februar. Verhaftung durch Kohlen-ogdansk. In dem neuen Gelehrten Wohnhause ist, nach dem „Oberwälder Tagebl.“, gestern ein schwerer Unglücksfall vorgefallen. Der seit kurzer Zeit hier wohnhafte Arbeiter Swobba, dessen Frau und ein junger Mann, der bei Swobba in Logis war, sind durch Kohlenerdgas, welches dem Dienstmädchen ...

Neueste Nachrichten.

Berlin, 20. Februar. Der Redacteur des „Vorwärts“, Genosse Dr. Braun, ist, da angenommen wird, daß er von der Art der Beschaffung des „Arbeiter-Verordnungs-Blattes“ Kenntnis hätte, verhaftet und mit einem Wachmann und einem Gendarmen der Staatsanwaltschaft vorgeführt worden.

Zur Wobslauer Bewegung in der Confections-Industrie. In einer von etwa 1500 Schneidern eifern der Damen- und Kinderconfection belohnten Versammlung wurden förmliche Beschlüsse der letzten abgehaltenen Conferenz, welche der Commission der Schreibern und Schreiber (Gewerkschaften) angenommen. Der hauptsächlichste Punkt ist die Lohnfrage, am 19. d. M. Der Streik ist beendet erklärt, die Arbeit wird morgen früh wieder aufgenommen.

Die Wahlprüfungs-Commission des Reichstages hat die Wahl des Abg. Alexander Repertus als ungültig erklärt.

Heute Sonntag fand in Reich die neuer wieder nachhülftigste Sitzung statt, in der es wiederum ...

Guben, 20. Februar. Streik. Wegen der ...

Jüterbog, 20. Februar. Privattelegramm der Sollwacht. Bei der heutigen Wahl zum jährlichen Landtage im 14. Wahlkreise (Limbach) legte der sozialdemokratische Candidat, Weberfabrikant Carl Gräbner, Partha mit 2520 Stimmen gegen den konservativen Candidaten der nur 2204 Stimmen erhielt. Bei der letzten Hauptwahl erhielt der sozialdemokratische Candidat nur 1750 Stimmen, er hat also rund 42 Prozent Stimmenzuwachs — ein Resultat, das deutlich den ungeheuren Unwillen des Volkes gegen das geplante schmachtvolle Attentat auf das Wahlrecht offenbart!

Darmstadt, 20. Februar. Die Einführung eines neuen Wahlgesetzes ist dem von der letzten Reichstag beschlossenen ...

Breslau, 20. Februar. Der russische ...

Bremen, 20. Februar. Vollständig nieder-gebrannt in der die große ...

Wien, 20. Februar. Zur Wahlreform ...

Costa, 20. Februar. Ein Privatcorrespondent meldet: Dem Knechten nach hat die bulgarische Regierung die officielle Mitteilung aus Constantinopel erhalten, daß auch England die Zustimmung zur Anerkennung des Prinz Ferdinand erteilt hat.

Belgrad, 20. Februar. Die Skupstina wurde heute Mittag durch einen Ullas geschlossen.

Paris 20. Februar. Der Verfassung Conflict. Das Ministerium Bourgeois hat in der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer ein Vertrauensvotum erhalten, und zwar mit 309 gegen 185 Stimmen. Neben Verlauf der Sitzung wird gemeldet: Die Diplomatenlotter war stark besetzt. Unter großer Bewegung interpellirte Chaubry über die widersprechenden Erklärungen des Justizministers in der Kammer und im Senat bezüglich der Befreiung des Untersuchungsrichters Kemplers in der Südbahnangelegenheit, und verlangt, daß Ricard nicht die Politik in die Justizverwaltung einführe. Ricard erwiderte, Kempler habe sich lässig in der Verfolgung der Angelegenheit gezeigt und er habe ihn schließlich erlegt, um, entsprechend dem Wunsche der Kammer, alle Schuldigen zu entdecken. (Beifall links.) Ricard sucht schließlich zu zeigen, daß die Ersetzung Kemplers ordnungsmäßig erfolgt ist, und führt verschiedene Präcedenzfälle an. (Erneuter Beifall.) Ein Vertrauensvotum des Abg. Carrien wurde schließlich mit 305 gegen 109 Stimmen angenommen und ein Udelvotum gegen Ricard mit 279 gegen 234 Stimmen abgelehnt. Gruppen des Senats beschloßen unverzüglich die Vertagung der Interpellation Demole auf acht Tage. Die Verfassungskrise ist hiermit aufgebrochen.

In dem Proceß gegen die „France“ wegen der Liste der „104“ wurden die Angeklagten zu Strafen von 1-4 Wochen Gefängniß verurtheilt.

London, 20. Februar. Dem Dr. Jameson wird nach einer Meldung der Proceß vor dem obersten Gerichtshofe Londons, vor dem Lord-Direktor und einer Sonderjury, gemacht werden. Seine Offiziere werden wahrscheinlich vor ein Kriegsgesicht gestellt werden.

Leigh (Lancashire), 20. Februar. Gruben-unglück. Auch Umschlagen eines Förderkorbes in einer der hiesigen Kohlenruben kamen acht Bergleute ums Leben.

Warrington (Lancashire), 20. Februar. Eine Feuerbrunst ist in der Baumwollfabrik von Dringage and Higby ausgebrochen. Der Schaden wird auf 20,000 Pfund geschätzt, 1300 Leute werden hierdurch ...

Standesamtliche Nachrichten.

- Som 20. Februar. Eheschließungen. 1. Expedient Paul Ulrich, ev., Herrenstraße 29, mit Louise Anjorge, kathol., Württemberg. 2. Haushalter August Weider, ev., Beitestr. 48, mit Auguste Nagel, ev., Wobslauerstraße 19. — Kaufmann Salomon Lewinski, jüd., Reußstr. 43/44, mit Josef Wagner, jüd., Rogmarkt 3. — 11. Arbeiter Wilhelm Schöbel, ev., Brunnenstr. 20, mit Auguste Kretschmer, ev., daselbst. — Güterbesitzer Rudolf Leberham evang., Gutowitz 15, mit Bertha Franz, ev., Alexanderstr. 2. — Lehrer Alfred Freitag, ev., Lohestr. 41, mit Martha von Panwitz, ev., Moritzstr. 38. — Schmied Hermann Knoblich, ev., Margarethenstr. 13, mit Anna Pöter, ev., Paradiesstraße 33. — Fleischer Friedrich Berger, ev., Sadowastr. 3, mit Ww. Anna Heibich, geb. Schlate, ev., Neue Tschjenerstr. 20. — Kaufmann Carl Brünner, jüd., Strehlen, mit Regina Pander, jüd., Bad. — 11. Arnt Emil Heuschka, kath., Fürststr. 1, und Mathilde Duge, evang., Kleine Scherzengasse 52. — Buchbindermeister und Buchbinder Maximilian Kretschmer, evang., Köpen, mit Eugenia Siedel, kath., Paulinenstr. 15. — Maurer Ernst Bieler, evang., Platzstr. 127, und Emilie Vanger, kath., daselbst. — Schneidemeister Robert Marquardt, ev., Kriegerstr. 43, mit Johanna Schaal, geb. Göttschall, ev., Salzstr. 31. — Gezeiten. 1. Arbeiter Johann Gnido, ev., S. — Kaufmann ...